

Wochenblatt

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf. bei Familien-, Dr. ag.uppen- u. Stellen-Ann. 20 Pf., bei 3ten. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 RM.

Nr. 42.

Berlin, 13. Oktober 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: 2. 44: Der Wojewode von Kattowitz. / 2. 42: Verhältnisse und Gesamtverlauf. / 2. 43: Das Programm der PPSW. / 2. 41: Tausch und Gegenang. — Die Indultierung von dem Kaiserband. / 2. 41: Die politischen Parteien. / 2. 46: Bündnisse. / 2. 41: Christlich-politischer Konfessionsrat. / 2. 43: Der politische Zustand in Polen. / 2. 43: Mitteilungen des RDC. / 2. 43: Was der Arbeit des RDC. / 2. 43: Bericht vom.

Der Wojewode von Kattowitz.

Der polnische Professor Studnicki führt seit Jahren einen ebenlo bartnäckigen wie — bisher — erfolglosen Kampf gegen den Kattowitzer Wojewoden Grajński. Eine der wichtigsten Epochen dieses Kampfes ist der Prozeß, der gegen Studnicki wegen angeblicher Verleumdung Grajńskis angehängt wurde. Studnicki hatte in einer Konferenz der Volksbildungs-kommission, die am 25. September 1931 im Warschauer Innenministerium zur Vorbereitung der polnischen Volksbildung vom Dezember desselben Jahres stattfand, Grajński als den größten Schädlichen des obersteilischen Polenismus und seine Amtsführung als propagatorisch bezeichnet. Er wurde wegen dieser Äußerung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; jedoch wurde ihm auf Grund der Anträge die Verbannung der Strafe erlassen. Über den Verlauf des Prozesses hat Studnicki in einer Klagschrift unter dem Titel „Die Regierungensmethoden in Schlesiens“ erschienenen Proschrift berichtet, die, obwohl der Prozeß schon drei Vierteljahre und die Ereignisse, die in ihm zur Sprache gekommen sind, schon mehrere Jahre zurückliegen, doch noch allgemeine Bedeutung verdient.

Es muß vorausgeschickt werden, daß es Studnicki nie darauf angekommen ist, sich an Grajński persönlich zu wenden oder durch seine Angriffe auf dessen Amtsführung irgendeiner parteipolitischen Untertanen zu wehren oder gar Polen zu schaden. Über einen derartigen Vorhaben ist Studnicki erhaben: Er gehört als Mitglied zu demselben „Unparteilichen Block für die Salomonarbeit mit der Regierung“ zu dessen führenden Persönlichkeiten auch Grajński selber gehört. Er führt seinen Kampf gegen den schlesischen Wojewoden nur, weil er dessen Tätigkeit für Polen als verhängnisvoll hält, weil dessen Tätigkeit seiner Ansicht nach Polen im Ausland kompromittiert und die Herstellung des für Polen dringend notwendigen freundschaftlichen Einvernehmens mit Deutschland gefährdet. Studnicki hatte sich schon, bevor er in der erwähnten Konferenz gegen Grajński auftrat, wiederholt in persönlichen Ausreden, in Briefen und Denkschriften an mehrende Politiker (Polen, so an Stomke, Dührer und Pilsudski, mit der dringenden Bitte genannt, diesen Wojewoden aus seinem Amt zu entfernen; und im Herbst 1930 hatte er Grajński persönlich in einem sehr deutlich gehaltenen Schreiben geschrieben, Schließen in Zukunft mit seiner unheilvollen Tätigkeit zu verhandeln. Seit der Übernahme der schlesischen Wojewodenschaft durch Sie“, so heißt es in diesem Brief u. a., „haben Sie dieses Kulturland in ein Magedonien verwandelt... Sie vergessen fortwährend, daß Sie Wojewode sind, und führen sich immer noch als Stabschef einer Aufständischen an. Sie hatten weder genügend Verstand, noch genügend Verantwortungsgefühl, noch Patriotismus genug, um Ihren Posten zu räumen... Sie haben die Zugehörigkeit Schlesiens zu Polen erschüttert. Sie haben Polen in den Augen der Welt diskreditiert.“ Auf diesen Brief hat Grajński nicht reagiert. Erst das Auftreten Studnicki in der Konferenz der Volksbildungs-kommission hat den Stein endlich ins Rollen gebracht.

Studnicki hatte vor Gericht den Wahrheitsbeweis für seine gegen Grajński gerichteten Vorwürfe zu führen, und dazu kam es ihm nicht an, daß die tatsächliche Tätigkeit des Aufständischenverbandes selbstlos und das Verhältnis Grajńskis zu diesem Verbands zu klären. Es löst sich denken, daß ihm diese Beweisführung vom Gericht nicht leicht gemacht wurde. Die drohende Lingua des allmäh-

ligen Wojewoden beeinträchtigte nicht nur die Unparteilichkeit des Gerichts, sondern ließ es auch sogar manchen Entfallenswegen mitunter als tauglich erscheinen, sich an bestimmte, für die Urteilsfindung des Gerichtes wichtige Dinge „nicht mehr zu erinnern“. Ganz zu schweigen von den Gungen der Grajński-Partei, deren Gedächtnis natürlich bei allen, ihnen vorzüglich erscheinenden Fragen versagte. Von einer feindseligen Einseitigkeit des Aufständischenverbandes gegen die deutsche Minderheit haben diese Zeugen „jemals etwas gemerkt“. Von Terrorakten dieses Verbandes, von Verhaftungspräparaten und Überfällen ist ihnen „jemals etwas zu Ohren gekommen“. Sie können sich „nicht daran erinnern“, in der „Polka Judochna“ jemals etwas von Vereinigungen gegen Deutschland gelesen zu haben. Daß der Wojewode Grajński mit Geldern, die für die notleidende Bevölkerung bestimmt waren, den Aufständischenverband finanziert haben soll, nehmen sie nur „mit Enttäufung“ zur Kenntnis. Und wie der Wojewode mit den Handlungen des Aufständischenverbandes in Verbindung gebracht werden kann, will ihnen „nichts unmerklich“ erscheinen. Wenn aber von der deutschen Revolutionspropaganda, von der „Verfolgung der Polen in Deutschland“, von dem „Oppolser Eheatskandal“ und von anderen Dingen, die mit dem Prozeßbezug überhaupt nichts zu tun hatten, die Rede ist, dann sind sie mit einem Male „vollkommen im Bilde“.

Da wurde J. B. der Chefart der Knappfischkandakausen in Ostau, Dr. Paweletz, als Zeuge vernommen. Er weigert sich bartnäckig, dem Verteidiger Studnicki eine klare Antwort auf dessen wiederholte Fragen nach der Tätigkeit des Aufständischenverbandes zu geben. Hier ein kleiner Auszug aus dem Frage- und Antwortspiel zwischen Anwalt und Zeuge:

„Würden viele Veranlassungen geprengt?“

„Ich weiß es nicht.“

„Sie haben sich nicht geäußert, Herr Senator, vielleicht können Sie mit doch eine Aufklärung auf meine Frage geben?“

„Ich weiß es nicht.“

„Gibt es mollenweise Veranlassungen?“

„Ich weiß nur, daß mir eine Veranlassung geprengt worden ist.“

„Haben Sie während der letzten Wahlen von Terrorakten gehört, die von dem Aufständischenverband verübt worden sind?“

„Ich bin sehr darauf, daß ich am dritten Aufstand teilgenommen habe, und ebenso für ihn bin, daß ich diesem Aufstand angehöre.“

„Welchen Anteil nahmen die Aufständischen an den Wahlen?“

„Ich möchte feststellen, daß ich als Aufständischer davon warne, diesen Verband zu verurteilen...“

Das genügt wohl, um dem Geist, in dem dieser Prozeß geführt wurde, zu charakterisieren. So widersprüchlich sich dieser Zeuge benahm, so wenig er auf Fragen nach der Einseitigkeit des Wojewoden und des Aufständischenverbandes zur deutschen Minderheit und zu den polnischen Oppositionsparteien antworten sollte, so bereit wurde er dann, wenn ihm das Gericht die Möglichkeit gab, sich über die „Staatsgefährlichkeit“ und die „terroristischen Propagandamethoden“ des Deutschen Volksbundes zu äußern. Bei der Pilsudski-Ära, so meint Dr. Paweletz in diesem Zusammenhang u. a., hätte es in Ober-Obersteilischen befinden sich und in d. h. der obersteilischen Minder. Bei den Wahlen im Jahre 1928 aber hätten 31,4 v. h. und im Jahre 1930 immer noch 20 v. h. für die deutsche Vö. genimmt. Also, so argumentiert Dr. Paweletz dann, hätten die Deutschen einen erheblichen Teil der Obersteilischen, die für die der Volksbildung und

bei der Einschaltung ihrer Rinder „als Polen bekannt“ hätten, „gegrungen“ (1. für die deutsche Rasse zu stimmen. Dazu seien die Deutschen dank ihrem Einfluß auf Vorkundtschaft und Indulgenz in der Coge, Wirklich, eine verblüffende Coge! Darauf ist der kluge Dr. Pa-meler die Antwort allerdings schuldig geblieben, warum die Deutschen es wohl unterlassen haben mögen, die Oberbeschießen, ebenso wie bei den Wahlen — auch bei den Reichstagswahlen — bei der Einschaltung ihrer Rinder auf ihre Seite zu „gingen“. Und das Gerücht war entgegenkommend genug, den Fragen nicht noch den Ursachen dieser sonderbaren Erscheinung zu fragen.

Es muß doch schlimm stehen um einen Wojewoden, der zur Rettung seiner Ehre Leute aufhetzen muß, deren härteste Waffe vor Gericht die Vergleichbarkeit ist. Die von Studnicki erhobenen Vorwürfe gegen Grajnski lassen sich auf solche Weise ganz gewiß nicht entkräften: „Der Wojewode Grajnski hat durch sein Vergehen einen internationalen Stellung gezwungen und uns nach der Welt kompromittiert. Dass kann eine schließliche Folgen haben; ja, es er-fährt sogar die Zugehörigkeit Schließens zu Polen.“ Als der Wojewode Grajnski die Wojewodschaft übernahm, war es nicht beabsichtigt, die fremdliche Zusammenarbeit des polnischen Elements mit dem „Westlichen „Luzern“, „Hedera“, „Kogonit“, „C. C. C. v. P. r. l. n. d. e.“-ländische Vergrößerung der Gegenseite erwidert. . . Er hat aus Schließen die Güte, die er nicht in der Industrie zu erwidern zu eigenem Nutzen zu erhalten. . . Gegen Ende der 90er Jahre hat Russland eine Verfügung gegen die Aus-länder (d. h. gegen die Deutschen) in der Industrie Kongresspolen er-lassen, um deren Konkurrenzfähigkeit mit der Industrie des Moskauer Reiches zu verringern. „Damals waren wir“, sagt Studnicki, „die Märtyrer fremder Übermacht und heute sind wir, indem wir die ausländischen Lasten nicht zulassen, die es annehmen und schikanieren.“ In 1912 ist er wieder zu eigenem Nutzen zu erhalten. . . Studnicki beweist die politischen, physiologischen und vermalungstheoretischen Fähigkeiten des Wojewoden, und er charakterisiert die geistige Einstellung, aus der heraus Grajnski, dieser ehemalige Stabschef der Ost-gruppe der Auslandsfähigen, die oberflächliche Frage behandelt, ganz richtig, wenn er u. a. sagt: „Es bedarf einer großen geistigen Anpassungsfähigkeit, um in einer letztgenannten Fähigkeit, in der freischichten, von der Tätigkeit eines Stabschefs in der Kriegsjahre zu Tätig-keit eines Wojewoden überzugehen. Diese Geschmeidigkeit des Geistes hat Grajnski nicht bewiesen.“ Als er, der Gelehrte, als Wojewode nach Kattowitz kam, war ihm die ober-schleische Bevölkerung fremd. Um sich eine Stütze und ein Werkzeug für die Durchführung seiner politischen Pläne zu sichern, mußte er sich mit dem Cuten vom Auslandsfähigenverbände verbinden.

Verfändigung und Gummiknüttel.

Man braucht nicht miteinander befreundet zu sein, um sich miteinander zu tun zu können. Das darf man nicht ver-gessen, wenn man aus einer deutsch-polnischen Verfändigung spricht. Am 9. Oktober haben in Warschau zwischen deutschen und polnischen Regierungsvetretern Verhandlungen mit dem Ziel eines Abbau der beiderseitigen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen begonnen; zu gleicher Zeit finden in Berlin Verhandlungen statt, in denen die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens in der Roggenexportpolitik geprüft werden soll. Es ist wohl nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß es ohne die entschlossene Initiative der nationalsozialistischen Regierung in Danzig überhaupt zu diesen deutsch-polnischen Befredungen gekommen wäre. Das Danziger Vorgehen hat Polen überhaupt erst für den Versuch einer Verfändigung mit Deutschland empfänglich gemacht. Es liegt freilich vorerst kein Anlaß zu weitgespannten Hoff-nungen vor.

Wenn es zu einer Verfändigung zwischen Deutschland und Polen kommen sollte, dann wird sich diese vorläufig wohl nur auf einige wirtschaftliche Einflüsse beziehen. An eine Wieder-belebung des J. S. nicht ratifizierten Rasthof - Abkommens von 1930 ist gar nicht zu denken. Am besten wird es möglich sein, dort zu einer Verfändigung zu gelangen, wo Deutschland und Polen mit ihrem Absatz auf dritten Märkten als Konkurrenten in Konkurrenz stehen. Auf der größten Absatz-markt, aber zum Teil auch beim Export industrieller Produkte der Fall. Dieser Aufschlag scheint auch die polnische Regierung zu sein. „Wenn es uns gelingen würde“, erklärte Oberst Beck dem Gelehr-ter Vertreter der Telegraphen-Union gegenüber, „auf jenen Gebieten die Konkurrenz durch eine gemeinsame Verfändigung zu erleben, hätten wir dadurch einen bedeutenden Schritt auf dem Wege der Normalisierung unserer Wirtschaftsbeziehungen zurückgelegt. Bei der Befreiung einer derzeitigen Verfändigung wäre es dann vielleicht auch möglich, zu einer schrittweisen Verfändigung in direkten Handels-beziehungen zu gelangen. Hier soll zunächst versucht werden, Zug um Zug einen Abbau der beiderseitigen Kampfmaßnahmen durchzuführen. Was Deutschland anlangt, so ist ihm besonders an der Gewährung polnisch-amerikanischer Einfuhrkontingente für solche Waren gelegen, für die in Polen ein Absatzmarkt besteht. Auf der polnischen Seite wünscht das Deutschland seinerseits auf die Anwendung der Oberzolls für die Einfuhr polnischer Waren verzichtet.“

Am 11. Oktober ist der neue polnische Solltarif in Kraft getreten worden. Er ist an die Stelle des alten, in seinen Grund-zügen noch aus der russischen Zeit stammenden Tarifes getreten. Er ist härter, durchgegliedert als dieser und stellt mit seinen 4500 Positionen

„Jahr seit die einzigen, die das Recht haben, die das Recht haben, das Land zu repräsentieren.“ Mit diesen Worten hat Grajnski seine Gemeinschaft mit diesem Verbände dokumentiert, in dem sich nach dem Worten Studnicki neben einigen Idealisten eine Menge „Kontingenter und Riminaler“ und „viele Leute mit primitiven Umgestaltungsformen und einer niederen Ethik“ befinden. Die Politik, die Grajnski betreibt, ist eine Politik, wie sie den moralischen Prinzipien dieses Verbände entspricht. Es ist eine Politik der Gewalt und des Terrors, deren Weg gekennzeichnet ist durch Korruption und gesetzlich geförderten Diebstahl; es ist die Politik eines Vandens, der in dem Lande, das ihm heimlich anvertraut wurde, einen Gegenstand hemmungslos ausbeutet.

Studnicki bezeichnet den Kattowitzer Wojewoden vor allem deshalb als einen Schädler der polnischen Interessen, weil dieser durch seine den inneren Frieden und die Wohlfaht des Landes verfeindete Amtsführung in der Breiterung Oberbeschießens das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem polnischen Staat untergraben sieht, das in der Verbände von Deutsch-land losgetrennt worden ist, weil nach dem Willen Frankreichs die industrielle Stärke des Deutschen Reiches nachdrücklich gefördert werden sollte. Es hätte, so meint Studnicki, im urgenten Interesse Polens gelegen, dieses durch den Wohlwillen Frankreichs und nicht durch den freien Willen der Polens zu fördern. Die gefälligen, natu-ralen und mitschöpflichen Einigkeit mit aufrichtiger Schonung und Zurückkommenheit zu behandeln. Aber Polen hat es nicht verstanden, hier moralische Eroberungen zu machen. Es hat sich die Sympathie der altengestimmten Bevölkerung Oberbeschießens, und zwar nicht nur der deutschen, gründlich verfehrt. Es hat weder die Fähigkeit, noch den Willen bewiesen, die Wirtschaft dieses hochindustrialisierten Landes gegen die Verwilderung der Polens zu erhalten. Es hat in Oberbeschießens niemals etwas anderes als ein Objekt kolonialer Ausbeutung gesehen, dessen Schätze und Menschen gerade gut genug dazu sind, das sich imperialistische Existenzen aus dem Osten an ihnen bereichern und sie zum größeren Ruhme der Weltmacht Machthaber ergründen. „Man möchte“, sagt Studnicki in seiner „Oberbeschießens als Polens“ betonen, „daß es ein heiliges Gebot ist, das man nicht schließen, daß die Macht die in Warschau ein solches Verbleiben bei Polen selber nicht für wahrscheinlich halten.“

Dr. Kredel.

ein umfangreiches, kompliziertes Geheimeswerk. Er ist ein Doppel-tarif mit zwei Spalten, wo denen die ersten die Sätze der Oberzolls enthält, der auf die Waren-einfuhr aus denjenigen Ländern Anwendung findet, mit denen Polen, wie z. B. mit Deutschland, keine handels-vertraglichen Beziehungen unterhält. Die zweite Spalte stellt dem Vertragszolls dar, dessen Sätze durchschnittlich 25 o. h. höher als die des Oberzolls liegen. Außerdem ist der Zinnmehrfach hinsichtlich der Einfuhr von Rohstoffen und fertiger Waren, die in Polen nicht oder nicht in ausreichender Menge hergestellt werden, zu Zollbefreiungen und -nachlässen ermächtigt. Wenn es zwischen Deutschland und Polen jetzt zu keiner Verfändigung kommt, werden automatisch die Sätze des polnischen Oberzolls auf die deutsche Einfuhr nach Polen, umgekehrt aber auch die Sätze des deutschen Oberzolls auf die polnische Einfuhr nach Deutschland Anwendung finden. Das würde ein meitres hartes Schicksal für den fertigen Warenabsatz, eine weitere Vergrößerung des Handelskrieges bedeuten. Daran ist keine Partei ermittelbar. Am meistenigen Polen, dessen Absatz nach Deutschland immerhin noch etwa 18 o. h. seiner Gesamtumsatz ausmacht, während auf der anderen Seite der Export nach Polen nur 1-2 o. h. des deutschen Gesamtexports beträgt.

Ergebnis sieht das Polen anlangt — der Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen unter einer neuen, wirtschaftlichen. Denn während die polnischen Unterhändler in Berlin und Warschau von wirtschaftlicher Verfändigung sprechen und die fried-fertigen Absichten ihrer Regierung betonen, oerklärt sich von Tag zu Tag der Terror, mit dem diese selbe Regierung die deutsche Minder-heit und die deutschen Kapitalisten innerhalb ihres Staats-gebietes verfolgt. Es sind ebenfalls sich das Spiel, das Deutschland ihnen in der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und anderen Staaten mit Willkür ungeschliffenen diplomatischen Umgestaltungsformen erlöst hat. Die Regierungen dieser Staaten haben die Angelegenheit, gerade dann, wenn sie mit Deutschland zu verhandeln beginnen, neue Gewaltmaßnahmen gegen die deutschen Volksguppen ihrer Staaten in die Wege zu leiten, wohl in der Hoffnung, daß Deutschland bereit sein wird, ihnen für die Befreiung seiner be-trümmerten Wirtschaft von den Auswirkungen des deutschen Handelsvorsells zu bieten. So war es erst kürzlich bei Litauen, und bei Polen ist es gegenwärtig nicht anders: Grajnski hat seine oft „denäbrierten“ Auslandsbeziehungen gegen die deutsche Minderheit mobilisiert. Der Gedanke liegt jedenfalls nahe, daß die neue verstärkte Aktivität der Auslandsfähigen in Oberbeschießens mit dem Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen in einem russischen Zusammenhang steht.

Die Verhandlungen mit Litauen sind nicht zuletzt an dieser ständigen Epizentren geblieben. Und doch auch der Gang der deutsch-polnischen Verhandlungen durch solche Methoden nicht erleichtert wird, liegt auf der Hand.

Es ist bekannt, daß die Warschauer Regierung mit der Absicht umgibt, durch eingetragene Maßnahmen die ökonomische Industrie völlig zu kolonialisieren. Vor einiger Zeit war einmal von einer Entfaltung der Industrie durch massenhafte Abwertung ihrer Produktionsanlagen gegenüber der reichsdeutschen Banken die Rede. An letzter Zeit heißt es, daß die polnische Regierung die in deutscher Hand befindlichen Industrieaktien aufzukaufen gedenkt. Auch der Gegenverkauf zur Zwangsaktienkündigung der Hüttenindustrie läßt schließlich auf eine Schwächung des deutschen Einflusses schließen. Das deutsche Kapital wird durch fortgesetzte staatliche Eingriffe jähzuläßig und in einem Maße entwertet, daß diese Entwertung schließlich nahezu einer Enteignung gleichkommt. Auf diese Weise wird einer der wesentlichen Faktoren einer deutsch-polnischen Wirtschaftsverflechtung, das deutsche Kapital in Polen, zerstört.

Was sich gegen die ständig wachsende Gefahr dauernder Entrechtung und Proletarisierung des ökonomischen Deutschland zu eigener Gemeinshaft zusammenschließen dürfte, werden keine Bestrebungen von dieser oder jener Partei zu Mitteln gehandelt. Die einseitigste Dresse hat bereits begonnen, das Verbot der Deutschen Partei, des Deutschen Volksbundes und der Jungdeutschen Partei zu verlangen; dabei scheint das störende Vorbild auf die deutsch-litauischen Gemüter in Polen „ausgereinigt“ zu wirken. Der Aufständischenverband hat am 8. Oktober auf seiner 13. Hauptversammlung im Heilten des Weimars den Antrag, von dem Verbot der Ermordung der Bolschewisten abzugehen und stattdessen die deutsche Presse vorzugeben und rücksichtslos die deutschen Organisationen, insbesondere die vom nationalsozialistischen Geiste erfüllten deutschen Jugendverbände aufzulösen. Weiter wurde die Kolonisierung der Industrie, die Befreiung aller maßgebenden Wirtschaftskreise von polnischen Beamten und die Vertreibung der Angestellten und Arbeiterkräfte in der Industrie unter Deutschen und Polen nach Maßgabe der Ertragskräfte der Bolschewisten verlangt. Der Aufständischenverband hat sich auch niemals damit begnügt, bloße papierenen Resolutionen zu fassen. Er hat im Reichs Gaujunkt die Macht, seinen Befehlshältern den gehörigen Nachdruck zu geben. Man weiß aus Erfahrung, wie Aufständische und Verböhrten sich gegenseitig die Wälle auszuheben: Die Verböhrten leiten die neuen Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit ein. Sie geben den Aufständischen das Feld zum Angriff. Dann kommt es zu Entschlüssen, die den Verböhrten wiederum im Namen der gescheiterten Ruhe und Ordnung den gewünschten Anlaß zu ihrem weiteren Vorgehen gegen die deutsche Minderheit geben. Dieses alte Spiel wiederholt sich auch jetzt. Das Ziel ist die Auflösung derjenigen deutschen Parteien, die entschlossen sind, sich zur Deutschen Volks-gemeinschaft zusammenschließen. Der Hauptantrieb richtet sich dabei gegen die Heime des Deutschen Volksbundes und die Angehörigen der deutschen Minderheit als Sammelpunkte ihres geselligen und kulturellen Lebens bismen. Die Verböhrten bemühen

sich, behaltendes Material“ gegen die Volksbundesweime ausfindig zu machen. Allenfalls finden in diesen Heimen politische Durchsuchungen statt oder tauchen behördliche Kommissionen auf, um zu prüfen, ob die Heime „den sanitären und baupolizeilichen Anforderungen entsprechen“. Wegen der lächerlichsten Kleinigkeiten werden den Heimeleitungen Schwierigkeiten gemacht. So wird z. B. bemängelt, daß die Stühle in manchen Versammlungsräumen nicht angebracht sind oder daß dort keine elektrische Ventilation angebracht ist. Und das kommt in kleinen Christbäumen aus, die überhaupt keinen Anlaß zu einer elektrischen Kraftanlage befehlen! Behaltendes Material, das eine Schließung der Heime nachstufen könnte, wird natürlich nirgends gefunden. Da steht dann die Aktion der Aufständischen ein. Sie hat am 9. Oktober schlagartig mit einer Serie von Überfällen auf deutsche Volksbundesweime begonnen. Im Volksbundesheim in Zorken folgte in diesem Zuge eine Verhaftung der Wohnbundesmitglieder aus Gera und Umgebung statt. Ein Trupp von 50 bewaffneten Aufständischen umstellte das Haus; eine Gruppe von ihnen drang in den Versammlungsraum ein und trieb die dort bereits anwesenden Deutschen hinaus. Diese wurden von der polnischen Bande mit Gummiknüppeln und anderen Schlagwerkzeugen empfangen, förmlich mißhandelt und zu Boden geschlagen. Darauf wurden im Heime die Wände, Stühle, Stühle und Bilder zerstört verformt; die Möbel wurden zerlegt und die Fensterhebeln zerstört. Im ganzen wurden hierbei zwölf Deutsche zum Teil erheblich verletzt. Die Verhaftung wurde „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ verboten. Ein ähnlicher Überfall ereignete sich auf das Volksbundesheim in Groß-Geheln. Auch in Gollitzheim, das durch den Aufständischenverband während des Wahlkampfes im Jahre 1933 eine traurige Weimarer Erlangung des Wohnbundes der Bolschewisten zerlegt. Außerdem wurden dort mehreren deutschen Bewohnern die Fensterhebel zerlegt; dabei wurde ein Kind durch einen Steinwurf verletzt. Am selben Tage wurde weiter das Volksbundesheim in Gera von Mitgliedern des Aufständischenverbandes zerlegt; die Einrichtung wurde zerstört, die Bücher mehr verbrannt; die föhrtige Frau des Heimwarts wurde, als sie den Plünderern entgegenkam, mit zwei Schüssen in den Rücken in der Wohnung des Heimwarts die Einrichtung zum Teil demoliert, zum Teil von den Aufständischenbanditen gestohlen; auch hier wurden mehrere Deutsche verletzt. In Neu- und Alt-Brenn, Kottow und anderen Orten wurden von den Aufständischen Demonstrationen veranstaltet; deutsche Pollanten wurden grandios verprügelt; die Fensterfronten mit Eisenkreuzen zerlegt. Außerdem wurden die Dörfer zum Plündern der Deutschen Volksbundes, wurde von Aufständischen ein Überfall unternommen; Fensterhebel und Einrichtungengegenstände wurden durch Steinwürfe zerstört; die Gartenanlagen wurden zertrampelt. Wiederholt wurden in die Wohnungen deutscher Minderheitsangehöriger deutsche Zerkeln geworfen. — Eine neue Schreckenszeit für die Deutschen begann. Grausig hat seinen „Pöbel“ aufgeführt. Und darunter ist die „Wirtschaft“ über den Abbau der wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen verhandelt.

Das Programm der NSPK.

Die „Bijlka wice“ („Der Mick“), das kommunistische Organ der polnischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, veröffentlicht vor längerer Zeit das Programm dieser Partei:

1. Die NSPK steht auf dem Standpunkt eines rücksichtslosen Schutzes der Unabhängigkeit des polnischen Staates.
2. Die NSPK bekämpft den Separatismus und zerlegt mit vollem Bewußtsein die künstlichen Spaltungswänden im Volksbundesheim, die die Unabhängigkeit der Republikation des kapitalistischen Systems und des Aufbaues neuer gemeinwirtschaftlicher Formen fördern und die rücksichtslose Liquidation sämtlicher Syndikate, Kartelle, Kräfte usw. Dieses neue System muß dem gesamten Einzelhand die gleiche Existenzmöglichkeit zuführen.
3. Die NSPK ruft einen allgemein-polnischen Wirtschaftskrieg aus, welcher sich aus Vertretern sämtlicher Arbeitsgruppen zusammenschließt zum Zweck des kulturellen Aufbaues des Landes auf weite Sicht, da in Polen alle Vorbedingungen für einen solchen Plan vorhanden sind.
4. Die NSPK steht auf dem Standpunkt, daß Polen als Agrarland dazu freieren muß, den Grundbesitz von Nichtpolen auszulösen.
5. Die NSPK stellt fest, daß ein Bürger nur ein Volksgenosse sein kann; Volksgenosse kann wiederum nur ein Pole sein, in welchem rein arisch-jawawische Blut fließt. Ein Jude kann kein Volksgenosse sein.
6. Die NSPK kämpft gegen alle internationalen Abmachungen; sie verlangt völlige Religionsfreiheit, soweit dieselbe nicht den moralischen Geleiten widerspricht.
7. Die NSPK steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeit und in der Ausführung der Volksgenossen auferlegten Pflichten gegenüber Volk und Staat die Aufgabe jedes Volksgenossen ist. Die ebliche Pflicht eines jeden Volksgenossen ist es, an jeder aufzubauenden Arbeit teilzunehmen.

9. Die NSPK will die Frau wieder in ihren alten Stand als Ehefrau und Mutter eines gesunden polnischen Nachwuchses zurückführen.

Die NSPK fordert:

Nichtanrührung der polnischen Grenzen, freien Zutritt zum Meer, damit die polnische Flotte den Forten anderer Völker gleichgestellt wird.

Die rücksichtslose Auflösung aller Parteien, welche die Einheit des polnischen Volkes zerlegen oder die staatliche Aufbauarbeit hindern.

Die Verstaatlichung des Großhandels und die rücksichtslose Verstaatlichung großer Landeigentümer zugunsten der Arbeiter und Bauern, welche ein Stück Land und eine angemessene Wohnung haben müssen. Die Arbeitslosigkeit muß für immer verschwinden.

Die rücksichtslose Durchföhrung des Volkshautes: Jeder mit den Seinen bei Aufträgen und Bestellungen und das Meiden jüdischer Werkstätten und Läden. Wir unterdrücken alle brutalen Kampfmethoden, wie Überfälle usw.

Rücksichtslose Verbinerung der Korruption sowie der internationalen marxistischen und kommunistischen Phrasen.

Die Bildung und Erhaltung eines gesunden Mittelstandes.

Sie ist für unumittelbar zu ergreifen, damit diese durch staatliche Hilfe bei Studium durchföhren kann.

Das Verbot der anti-polnischen und demoralisierenden Presse und Literatur sowie aller Unternehmen und Gewerbe, welche die Gefühle des polnischen Volkes verletzen.

Danzig und Gdingen.

Der Präsident des Danziger Hofmannschusses, Benzinger, ist in einem Warthauer Blatt, der „Siota Polska“, der in Polen allgemein verbreiteten Auffassung, daß der Danziger Hafen weder technisch noch organisatorisch den Bedürfnissen der polnischen Ein- und Ausfuhr genüge, entgegenzutreten. Da diese Äußerungen von neutraler Seite kommen, ist Benzinger in Schwäger — verbunden für besondere Beachtung. In dem Artikel heißt es z. B.: „Der Danziger Hafen hat sich die ganzen vergangenen zehn Jahre hindurch außerst langsam den Wirtschaftsbedürfnissen Polens angepaßt. Das war vielfach mit großen Kosten verbunden. ... Die Exporteffekten überlegen von 1925 an die Vorkriegszeiten, was eine Vergrößerung der Vadeeinrichtungen notwendig verlangte. Der Hofmannschuß hat in den Jahren 1923 bis 1926 daher eine Reihe neuer Land- und Wasserläufer gekauft, was es dem Danziger Hafen ermöglichte, im Jahre 1927 der größte Holzexporthafen der Welt zu werden. Ein weiterer Beweis für die Anpassung der Hafeneinrichtungen an die Bedürfnisse des polnischen Wirtschaftslebens“, schreibt Benzinger weiter, „ist die Frage des Kohlenexports. ... Der Hofmannschuß ging unter großem Kostenaufwand daran, die Verladung zu mechanisieren. Die bedeutendsten Teile des Hafens wurden mit einer großen Menge von Kränen versehen. Außerdem wurde ein besonderes Bassin bei Wosifsejmdnie gebaut, dessen Kohladeckeneinrichtungen das letzte Wort der Technik sind. Ebenso stellte sich die Frage der Einrichtungen für den Kohlschiffverkehr, die als ein wichtiger Bestandteil der heimischen Industrie für den Stückgüterverkehr auf. Heute steht der Danziger Hafen in jeder Beziehung in der Reihe der am besten ausgebauten Häfen Europas.“ Diese Ausführungen lassen die ganze Verlogenheit der polnischen Propaganda erkennen, die die „Rotmundigkeit“ des Ausbaus des Gdingener Hafens stets mit der angeblich technischen Unzulänglichkeit des Danziger Hafens zu erklären sucht. Der Hofmannschuß hingegen die polnische Propaganda das Ausland von der technischen Überlegenheit Gdingens Danzig gegenüber zu überzeugen versuchte, zeigte einmal eine in einer amerikanischen Zeitung veröffentlichte Gegenüberstellung zweier Hafenanlagen von Danzig und Gdingen, auf dem Bilde von Gdingen waren eine Reihe der neuen Kräne zu sehen. Von Danzig aber wurden nicht etwa die neuen, modernen Anlagen im Vordergrund, sondern die als ein wenig interessanter Stadtbau angeführte sehr reizvolle und charakteristische Partie an der Mottau mit dem Krantor und Sperrschiffkai.

Ebenso wie die Üge von der technischen Rückständigkeit des Danziger Hafens wird von Benzinger in dem erwähnten Artikel die andere Üge von den wirtschaftlichen, praktischen und persönlichen Schwierigkeiten, die dem polnischen Kaufmann in Danzig angeblich bereitet werden, richtig gestellt: „Der Hofmannschuß“, heißt es, „führt Benzinger aus, niemals geübt, im Rahmen des Möglichen und nach Maßgabe der Bedürfnisse des polnischen Exporteurs die Hafengebühren zu senken. Die Abgaben seien von 120 Zloty je Tonne im Jahre 1924 auf 52 Zloty herabgesetzt worden. Und dem Beispiel des Hofmannschusses seien auch die privaten Danziger Firmen gefolgt; so seien z. B. die Verladungskosten für Holz von 16 Schilling im Jahre 1924 auf 7 Schilling (in Gold) im Jahre 1933 gesunken. „Wir stellen also“, sagt Benzinger, „auf diesem Gebiete eine für den polnischen

Interessenten günstige Entwicklung der Verhältnisse fest. In sprachlicher Hinsicht“, heißt es dann weiter, „werden der Gesamtanarbeit des polnischen Interessenten mit dem Hofmannschuß keine realen Schwierigkeiten gemacht.“ Denn der Hofmannschuß beabsichtigt eine ganze Reihe polnischer Beamter; man könne mit ihnen ebenfalls deutsch wie französisch oder polnisch korrespondieren. Außerdem gebe der Hofmannschuß zur Orientierung der Interessenten alljährlich eine Broschüre mit Informationen und fortlaufend Berichte über die ein- und auslaufenden Schiffe in polnischer Sprache heraus. Schließlich bestimme der Hofmannschuß zur Erleichterung des unmittelbaren Verkehrs mit den polnischen Interessenten auch noch eine ständige Vertretung in Warschau.

Es wird wenige Polen geben, denen das, was der Präsident des Danziger Hofmannschusses hier über die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens gesagt hat, bekannt ist. Die polnische Öffentlichkeit wurde von ihrer Drefse und auch von ihrer Regierung über den Danziger Hafen Jahre hindurch in ganz anderem Sinne belehrt. Da hieß es stets, daß die Danziger verbotene Quersperre seien, die aus purem Hohe dem fernwärtigen Außenhandel Polens alle nur erdenklichen Schwierigkeiten bereiten, daß Danzig völlig veraltete Hafenanlagen besitze und weder räumlich noch technisch den Handelsbedürfnissen des polnischen Hinterlandes entspreche. Wäre die polnische Öffentlichkeit nicht in solch unerbittlicher Weise über die Leistungsfähigkeit und Leistungsmöglichkeit des Danziger Hafens belogen worden, dann hätte sie der kopsichtigen Hofpolitik, die ihre Regierung in Gdingen betrieben hat und noch heute betreibt, wohl nur mit geringerer Bereitwilligkeit Folge geleistet. Danzig ist nach dem Schluß des Hafensabkommens vom 5. August/18. September d. J. bereitwillig, von der polnischen Regierung zu verlangen, daß diese sich für eine mehrbessigere Unterstützung der polnischen Öffentlichkeit und vor allem der am Außenhandel interessierten polnischen Wirtschaft über den wirksamen Aufbau und die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens einsetze.

Wie es scheint, ist aber in dieser Hinsicht polnisherseits mit wenig Entgegenkommen zu rechnen. Hinsichtlich für die polnische Einstellung zum Hofensreit ist ein Artikel, der zugleich mit dem oben zitierten Aufsatz des Danziger Hofenpräsidenten in der „Siota Polska“ erschien. Es heißt dort u. a.: „Gdingen ist nicht nur ein gewöhnlicher Umschlagplatz. Es ist ein unvergleichliches Fleckchen des gesamten wirtschaftlichen Lebens, eine Gasse, die man nicht aufgeben kann, selbst wenn es sich um eine so unglückliche Sache, wie es die freundschaftliche Regelung der Danzig-polnischen Wirtschaftsverhältnisse ist.“ Wenn das auch die Auffassung der polnischen Regierung sein sollte, dann würde das heißen, daß der Hafen von Gdingen weiter ausgebaut, und der Gütereverkehr weiter wie bisher mit größtmöglicher Intensität auf Gdingen, das am weitesten nach Osten der Danzig-polnischen Verbindung sein. Dem praktisch bedingt eine strikte Einhaltung des Hafensabkommens durch Polen, daß der weitere Ausbau Gdingens sofort eingeleitet wird und daß Polen auch ein eventuelles Verlangen der Gdingener Hofensinteressen in Kauf nimmt, — wie es auch die Danziger Hofenanlagen an Grund des Abkommens nur zu einem Drittel ihrer Höchstleistungsfähigkeit ausgenutzt werden können.

Die Judenfrage vor dem Völkerbund.

Im Völkerbunde hat man sich noch niemals mit solchem Eifer und solcher Ausdauer über die Minderheitenfrage beschäftigt, wie jetzt, wo man glaubt, Deutschland damit an Spitze stehen zu können. Die verschiedenen Regierungen trauen mit Argwohn und Ängsten auf, daß ihnen die ihr ursprünglich erwachte Interesse für die nationalen Minderheiten glauben bekunden zu müssen. Der Untersee erfasste sich freiheitlich auf die Minderheiten deutschen oder ukrainischen Volkstums, sondern besorgt waren sie lediglich um das Schicksal der Juden: Haiti und Niemen, Holland und Uruguay, Schweden und Griechenland und vor allem auch England und Frankreich, alle Völkerbündler unter der Führung Polens, sind ihnen ebenfalls gleichgültig an der Weiterung Englands, irrendliche Verpflichtung auf sich zu nehmen. Einem französischen Antrag, demzufolge Deutschland gezwungen werden sollte, die Juden seines Hoheitsgebietes als nationale Min-

derheit zu erklären und ihnen die volle Gleichberechtigung zuzuerkennen, d. h. eine Disziplinierungsmaßnahmen rückgängig zu machen, wurde nicht ohne gewisse Schwierigkeiten eingeleitet. Minderheiten und deutsche Judenfrage haben nichts miteinander zu tun. Bei der Abstimmung über diesen Antrag im Unterausschuß der Politischen Kommission des Völkerbundes stimmten sämtliche Staaten für diesen französischen Antrag, lediglich Ungarn und Italien blieben für sich vornehmlich, dabei zu betonen, daß es nicht ihre Pflicht sei, sich in innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen. Die Entscheidung über die nicht baron dante, sich in der Judenfrage von Frankreich oder irgendeinem anderen Staate Vorarbeiten machen zu lassen, die satzungsgemäß erforderliche Einstimmigkeit der Beschlußfassung also weder in Politischen Ausschuss noch in der Vollversammlung erzielt werden kann, hat der französische Antrag ebenfalls wenig Aussicht auf Erfolg. Es ist also nicht abzusehen, daß die polnische Völkervereinigung sich auf der gegenwärtigen Völkervereinigung mit mehr oder weniger deutlicher Spitze gegen Deutschland gemacht werden läßt.

Bis zum müssen Neubestellungen auf vier „Distanz“ für
20. Okt. später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebühren von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugsfr. für 2 Monate beträgt 1,00 M. (ohne Zurechnungsgeb.)

In dem Buche ist viele kalt zubereitete Pornographie. Wir wollen nicht annehmen, daß dies die einzige 'Berichtigung' des Buchs, dessen Abseitigkeit schon stark hervortritt, ins 'Pöbelische' zu überführen. Soweit die 'Gazeta Wschlanska', Erich Klinger hätte es sich wohl nicht träumen lassen, daß seine literarischen Produkte für Hitler Propaganda machen würden.

Polizei gegen deutsche Buchhandlungen.

In Bromberg wurden die dortigen deutschen Buchhandlungen von der 'Polizei nach 'nazifreundlichen Schriften' durchsucht. Die 'Polizei beschlagnahmte dabei verschiedene Bücher, u. a. das Buch 'Mein Kampf' von 'Adolf Hitler.

Zusammenfluß der deutschen Sportvereine in Ost-O.-S.

Wach erfolgreichen Vorbereiten ist dem Deutschen Volksbund in Katowisz eine Abteilung für Sport und Körperkultur eingegliedert worden. Diese Abteilung hat die Aufgabe, alle deutschen Sport-, Turn- und Körperkulturvereine in Ostoberschlesien zusammenzufassen. Erfolgsversprechende Verhandlungen auf diesem Gebiet sind bereits im Gange. Nachdem auf dem Berufsgebiet durch den Zusammenfluß der deutschen Gewerkschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft eine Einigung der deutschen Berufsstände in Ostoberschlesien erfolgt ist, ist dort nunmehr auch auf dem Gebiete des deutschen Sports ein Zusammengehen aller deutschen Sportvereine gesichert.

Grundfeinlegung für eine neue deutsche Schule in Dirschau.

In Dirschau fand diese Tage die Grundfeinlegung der neuen deutschen Schule durch den 1. Vorsitzenden des Deutschen Schulvereins, Direktor Juch, statt. Bekanntlich war das frühere deutsche Privatgymnasium in Dirschau von den polnischen Behörden mit der Begründung geschlossen worden, daß das Schulgebäude den bauspolizeilichen Bestimmungen nicht genüge.

Deutsches Ehepaar überfallen.

Auf den Heimweg des Deutschen Volksbund-Heims in Alt-Wein bei Myslowitz, den Anwalts Stahnioński und seine Frau wurde kürzlich in den späten Abendstunden ein bewaffneter Überfall verübt. Auf die Frau wurde unter anderem der Heimwart und seiner Frau Krollner vorhinein und die Herausgabe der im Heim befindlichen deutschen Bücher verlangt. Als ihrem Wunsch nicht entsprechen wurde, schloß einer von ihnen die Frau am Hals, müßte sie und verlorste, für einen Knobel in den Mund zu stecken. Der Heimwart, der seiner Frau Hilfe kommen wollte, wurde eben-

falls von den Eindringlingen mißhandelt. Die Aufständischen brachen dann die Tür zu dem Schrank auf, in dem sich die deutschen Bücher und Zeitungen befanden, riefen die Bücher heraus und warfen sie in mitgebachte Säcke. Während der ganzen Zeit wurden die überfallenen durch Krollner in Schach gehalten. Als die Aufständischen das Haus verlassen hatten, nahm der Heimwart die Verfolgung gemeinsam mit einigen anderen Deutschen, denen er den Vorfall in Eile mitgeteilt hatte, auf, aber vergeblich. Darauf begab er sich in Begleitung mehrerer Deutscher zur 'Polizei' und erzielte den hinständigen Polizeikommanden zum Aufsuchen eines Protokolls. Die dem Geschehen in sprach der Beamte aufwands nicht, mit dem Bemerken, daß er für die Aufnahme des Protokolls einen anderen Beamten aufsuchen müßte.

Schließung deutscher Schulen.

In Hohenfelde im Kreise Bromberg hat die polnische Schulbehörde auf Antrag des Ortschulrates die Schließung der deutschen Volkshauptschule verfügt. Diese Schließung bedeutet einen glatten Verstoß gegen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, da die Kinderzahl außer den 20 Volkkindern noch für das neue Schuljahr 42 betrug. Die polnische Klasse, die noch nicht einmal mit 20 Schülern besetzt wird, ist dagegen belassen geblieben. Der Ortschulrat von Hohenfelde hat seinen Antrag damit begründet, daß zwei Schulen aus finanziellen Gründen nicht belassen bleiben könnten. Man bot sich also über die Wünsche der deutschen Eltern völlig hinweggesetzt, obwohl zwei Drittel der Schüler der Gesamtschule der deutschen Minderheit angehören. Seitens des Deutschtums ist sofort Aufschrei eingeleitet worden, diesen Verstoß nicht geschehenlassen und die Willkür einer untergeordneten Schulbehörde zu annullieren.

In dem Städtchen Szary, Kreis Krotoschin, sind fast jetzt schon etwa 60 deutsch-evangelische Schulkinder ohne jeglichen deutschsprachigen Religionsunterricht. Die Kinder sind auf die Klassen der polnischen Volksschule verteilt. Da sie der polnischen Sprache vielfach überhaupt nicht mächtig sind, können sie naturgemäß dem Unterricht nicht folgen. Einem Antrag der deutschen Eltern auf Annullierung dieses evangelischen Verstoßes ist bisher nicht stattgegeben worden.

Das Ende der Bromberger Industrie- und Handelskammer.

Auf Wunsch des Ministerrates wird die Bromberger Industrie- und Handelskammer am 1. November liquidiert. Das Tätigkeitsgebiet der Kammer wird unter die Industrie- und Handelskammern von Polen und Ödningen aufgeteilt. Für die Durchführung der Liquidationsformalitäten ist eine dreimonatige Frist bis zum 1. Januar festgesetzt worden.

Österreichisch-polnischer Handelsvertrag.

Bei den Handelsvertragsverhandlungen, die Polen seit längerer Zeit mit einer Reihe von Staaten führt, haben diejenigen mit Österreich jene zu einem 'beide Teile befriedigenden Ergebnis' geführt. Elf Monate lang haben Wien und Warschau miteinander verhandelt. Daß die lange Zeit fast ausschließlich erscheinenden Verhandlungen jetzt zum Abschluß gekommen sind, ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß Polen am 11. Oktober seinen neuen Zolltarif in Kraft treten läßt, der die Einfuhr aus allen Ländern, mit denen keine Handelsverträge bestehen, mit prohibitiven Zöllen belegt. Österreich kam aus diesen Verhandlungen vor allem darauf an, von Polen für gewisse Industrie-substanzstoffe Vorzugszölle zu erhalten und im Rahmen des außerordentlich hohen neuen polnischen Zolltarifs einzelnen jeuer Ausfuhrgegenstände niedrigere Zollsätze zu sichern. Polen seinerseits wollte seine Positionen für Rohle und Agrarprodukte auf dem österreichischen Markt aufrechterhalten. Um Wunde der Verhandlungen teilte als Folge der über Österreich verhängten handelsrechtlichen Restriktionen die Frage des polnischen Reiseverkehrs nach Österreich stark in den Vordergrund. Die Verhandlungen führten zunächst im Februar d. J. zum Abschluß eines Vertrages, in dem Österreich für gewisse Kontingente von Anzeileartikeln Vorzugszölle eingeräumt wurden, und zwar für Schuhe, Elektromotoren, Bleche, Schmelzeisen, Papier und auch für Baumolie. Profitieren können auch Österreich von diesem Vertrage bisher jedoch nicht; denn er trat nicht in Kraft, da andere, von Polen meistbegünstigte Staaten gegen die Österreich zugunsten Zollpräferenzen Einspruch erhoben. Nunmehr wurde auch in den übrigen Fragen eine Einigung erzielt. Polen gewährt Österreich, soweit bisher bekannt ist, für bestimmte Waren Vorzugszölle, die nur zum geringen Teil eine Ermäßigung gegenüber den bisherigen Sätzen darstellen und darüber hinaus, die Sätze den jetzt in Kraft getretenen neuen Zolltarif sind. Inwiefern der äußerst geringen Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes bringt der Handelsvertrag für Österreich also nur recht problematische Vorteile. Auch auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs ist es mit dem Erfolge Österreichs nicht allzu weit her. Wenn wirklich die eminent hohen polnischen Zölle abgebaut für die Ausreise nach Österreich auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden — was man von Polen heute föhlichlich zu seinem Vergnügen schon nach Österreich reisen? Auf der anderen Seite aber hat Polen sich offenbar größtenteils Vorteile gesichert. Öster-

reich hat die Einfuhrmöglichkeiten für polnische Silber, Schmelze und Eier erweitert, insbesondere aber hat es den Anteil der polnischen an der Gesamteinfuhr von 44 v. H. (i. J. 1932) auf 65 v. H. erhöht; diese Bevorzugung der polnischen Rohle geschieht auf Kosten der schweidischen und deutschen Rohle, die im vergangenen Jahre an der Rohleinfuhr Österreichs mit 44 v. H. 17 v. H. betraigt war.

Über den Handelsverkehr zwischen Österreich und Polen in den letzten 10 Jahren gibt folgende Übersicht Auskunft (nach der Österreichischen Handelsstatistik in Millionen Schilling):

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß		Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß
1923	171,2	128,8	42,4	1928	300,7	123,2	177,5
1924	259,0	194,3	64,7	1929	291,5	107,1	184,4
1925	248,5	164,4	84,1	1930	217,0	83,5	133,5
1926	292,4	175,0	117,4	1931	128,3	4	124,3
1927	269,7	103,8	165,9	1932	105,8	33,3	72,5

Demnach ist der österreichisch-polnische Handelsverkehr, der sich im Jahre 1924 auf 453,3 und im Jahre 1932 auf 423,9 Mill. Schilling belaufen hat, im vergangenen Jahre auf 139,1 Mill. Schilling zurückgegangen. Vor 1924 bis 1932 war die österreichische Einfuhr aus Polen stets mehr als doppelt so hoch als die österreichische Ausfuhr nach Polen. Im Jahre 1932 führte Österreich dem Werte nach mehr als dreimal so viel Waren aus Polen ein, als ihm eigene Erzeugnisse von Polen abgenommen wurden. Der Wunsch Österreichs, diese Polnizität seiner Handelsbilanz im Verhältnis zu Polen durch die Veranstaltung des Fremdenverkehrs aus Polen auszugleichen, ist sehr verständlich. Ob der jetzt abgeschlossene Handelsvertrag geeignet ist, Österreichs handelspolitische Lage gegenüber Polen zu bessern, muß vorerst noch zweifelhaft erscheinen. Die österreichische Position am Verhandlungstisch wäre sicherlich wesentlich günstiger gewesen, wenn sich die Wiener Regierung nicht den Luxus einer fremdbenigen Haltung gegenüber Deutschland leisten würde. Die Regierung 'Deutschlands' hat diese Verhandlungen mit Polen des Weiteren begeben, den ein gutes Einvernehmen mit dem Deutschen Reich, ihr vorzuziehen gemäßigt haben würde. Polen hat diese Schwäche der österreichischen Position natürlich auszunutzen verstanden.

Der polnische Aufstand in Posen.

Von Hermann Pischke.

19. Fortsetzung.

Seit dem Eingreifen von Gerlach war die Angelegenheit des Grenzschutzes bereits verlassen. Nur hatten das Kriegsministerium, dem allem ob das Groß- Hauptquartier und Posen das Generalkommando Ost den Willen, den Aufstand in Posen durch eine verstärkte militärische Besetzung zu verbinden. Der spätere Ministerpräsident Braun soll sogar dem Staatssekretär von Gerlach in dem Ministerrat schwere Vorwürfe wegen seiner vorigen Berichterstattung gemacht haben. Leider kam das zu spät. Durch die Verichte Gerlachs war ein schnelles Handeln zurückgestellt worden. Die Polen genossen Zeit zu entwickeln. Der Kampf gegen das Generalkommando Ost, die sozialistische Regierung liberaler Männer, die der Auffassung des Grenzschutzes sowie einer verstärkten Besetzung Polens feindlich gegenüber standen, Gerlach aber stand in einem entscheidenden Referat. Sein Wort und seine Anschauung mußten sich nachteilig auswirken.

Wie sehr sich die Polen durch sein Verhalten ermuntert und ermutigt fühlten, zeigte sich bald. Am 24. November veröffentlichte das Große Hauptquartier einen Aufruf an alle 5.-Räte des Bezirkes, Freiwilligenverbände für den Grenzschutz Ost zu bilden. Sofort beantwortete der polnische Oberste Volksrat bei der Regierung diesen Aufruf über die Auffassung des Grenzschutzes. Sie fand am 29. November in Berlin statt. Außer den Regierungsstellen nahmen an ihr die Vertreter des polnischen Obersten Volksrates und des Generalkommandos sowie des Oberpräsidenten in Posen teil. Der Deutsche Volksrat aus Posen fehlte. Man hatte ihn wiederum absichtlich übergangen.

Die Polen stellten folgende Forderungen:

1. Zurückziehung fremder Truppenkörper und Entlassung von Soldaten deutscher und polnischer Nationalität aus der Umgebung.
2. Unterstellung dieses Grenzschutzes in der ganzen Provinz unter das polnische Generalkommando.
3. Allen Generalkommandos im Osten sollen Vertreter der polnischen Bevölkerung als Beiräte beigegeben werden.

4. Der Berliner Zentrale des Grenzschutzes sollen polnische und deutsche Vertreter aus Posen beigegeben werden. Der polnische Vertreter wird vom polnischen Obersten Volksrat präsentiert.

5. Dem Oberpräsidenten in Posen, Breslau, Danzig und dem Regierungspräsidenten in Allenstein sind polnische Beiräte zu geben, die durch den polnischen Obersten Volksrat gewählt werden.

Wenn mir der polnische Presse Glauben schenken können, so erhob sich, nov. der. Zerkennend, der militärischen wie der Verwaltungsbefehde in Posen kein Widerspruch gegen diese Forderungen. Die Regierung in Berlin nahm sie zur Erwägung entgegen. Die polnische Presse berichtete, daß die Vertretung den Eindruck gehabt habe, als wenn die sozialistische Regierung mit den Forderungen einverstanden gewesen wäre, doch die polnischen Behörden nicht gegen sie angekämpft. („Dziennik Pomorski“ Nr. 277 vom 3. Dezember 1918.)

Der Kampf um den Grenzschutz ging in gesteigerte Heftigkeit weiter. Die Polen führten, daß die Auffassung dieser Gruppe der wirkungsvollsten gegen ihre Pläne werden müsse und suchten sie durch alle möglichen Mittel zu verbinden. Sollte das nicht möglich sein, so wollten sie die Besetzung der Provinz Posen zu vermeiden oder wenigstens so viel wie möglich zu verzögern suchen. Der Presse aus dieser Zeit ist noch ein Angriff gegen den Grenzschutz. Dabei werden in alles bedenkendes durchgenommen. Alles ist gefehlt das gar mit Absicht. Oberkommando Ost, Generalkommando, Heimatföhrer, Grenzschutz, in der Demobilisierung begriffene Truppenente, Reste aktiver Heeresbefehde, vorgezogene Gruppen des II. Armeekorps, dem II. Armeekorps zugewiesene Truppen, längst entlassene Militärpersonen. Alles das wird bei ihnen durcheinander. Kommt man noch dazu, daß die polnische Seite die Bürgerwehr, den Wach- und Sicherheitsdienst, die militärische Organisation und darüber hinaus in der Provinz in der Organisation begriffene neue polnische Truppenkörper gab, so kann man wohl verstehen, daß die Übersicht nicht leicht war. In dieser oft künstlich erzeugten Verwirrung machten sie ihre politischen Geschäfte. Alle diese Verbände gingen in Solbrig, also in der deutschen Militärsystem. Die polnische Seite trug den Namen des polnischen Abler als Heeresbefehde und die polnische Seite die Bürgerwehr durch diese Absichten und innerlich durch den künstlich gefälscherten Hof gegen die deutsche Wehrmacht schieden sich bald zwei Heerlager voneinander ab, das polnische, das mit allen Mitteln flieberholt ausgebaut wurde, und das deutsche, das durch allerhand Maßnahmen der Regierung gehemmt, irreführt, verächtlich und durch die sozialistische Revolution fortgesetzt zerstört wurde. Schon das Sehen der Rorkader und die verschiedenen Nachrichten, die den Beweis, daß die deutschen Angehörigen des Militärs der Disziplin entzogen und im Abbruch standen.

Es ist mir nicht möglich, aufzuweisen, was auf deutscher Seite an Truppenente noch vorhanden war und wo und wie die Formationen Verwendung fanden. Das könnte mit einiger Sicherheit nur durch genaue Durchsicht der Akten der Generalkommandos und des Oberkommandos Ost geschehen. Diese Arbeit liegt noch aus. Sie ist für die vorliegenden Ausführungen notwendig, da sie das Endergebnis und das Ende selbst so gut wie gar nicht beeinflussen kann.

Nach der Schrift von Camia (Camia, der Aufstand in Posen, Berlin 1919, S. 101) hat kein Strahlmilitär der Grenzschutzes vor dem Aufstande polnener Gebiet betreten. Das muß wohl bedeutungsfür ist er sich auf amtliches deutsches Material. Das muß wohl mindestens für den Bereich des 5. Armeekorps zutreffen, da der polnische Oberste Volksrat trotz aller Aufzwingung in der Presse in seinem Telegramm vom 9. Januar an Herrn von Gerlach es nicht mag, die Aufhebung zu erheben. Er schränkt sie auf das zweite und sechste Armeekorps ein. Für diesen Bereich würden die polnischen Angaben aber als völlig unzureichend gelten, da ihnen ein Einblick in die amtlichen Ausweise fehlte.

Im übrigen wickelten sich die Ereignisse wie folgt ab: Auch auf dem Teilgebietsonstige in Posen vom 2. bis 6. Dezember beschäftigten sich die Polen eingehend mit dem Grenzschutz. Sie wendeten sich in einer Entschuldigend an die Feindmächte und forderten von ihnen „lebhaften Schutz“ und „Beistand“ gegen das Militär, das unter dem Vorwande, die Grenze zu schützen, ihnen auf den Hals gefolgt wäre. Zugleich erbitten sie, die Entsendung einer Vertretung zu ihrem Schutze. Auch hier ist die „Reiseleitung Heimatföhrer“ oder „Grenzschutz“ vermindert. Am 12. Dezember aber stellt der polnische Oberste Volksrat der Presse längere Ausführungen zu dem Thema: „Grenzschutz“ zur Verfügung, in denen er sich mit großer Schärfe gegen die Grenzüberwegung wendet, die durch die Revolution und antipolnisch sei. Er teilt darin eine Doppelheit mit, die am 9. Dezember an seinen Vertrauensmann im Ministerium des Innern in Preußen, also an den Unterstaatssekretär von Gerlach, nach Berlin richtet. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Ungeachtet aller Vorstellungen des Generalkommandos fohiet uns das zweite und sechste Generalkommando Abteilungen des Heimatföhrers auf den Hals. Zu Wilkomo hat der Führer des Heimatföhrers die 2. und 5.-Räte beigelegt und die Diktator ernannt.“

Die Stimmung ist beunruhigend, weil das fremde Soldaten sind. Die hiesigen Soldaten, besonders die polnischen, werden gesehnd in Stettin gehalten und man läßt sie nicht nach Hause. Wir fordern die sofortige Beilegung der fremden Soldaten aus den Heimatföhrer-abteilungen und die Beilegung der Führer. Wir erwarten telegraphische Befehle. Wenn dieser Befehl nicht bis morgen abenut eintrifft, werden wir eigene Kräfte Beilegungsvorgang einleiten. Der Oberste Volksrat.“

Auf dieses unersöhnliche Ultimatum mit einer offenen Kampfanfrage bezieht sich von Gerlach, in der geforderten Schrift, also am Abend des 10. Dezember, eine Antwort zu geben. Sie heißt:

„Über die Vorgänge in Wilkomo hat mir am Sonntag ein dorthin entsandter Vertrauensmann berichtet. Die Beilegung der Beamten sowie der 2.- und 5.-Räte wurde sofort rückgängig gemacht. Auf Grund des Berichts über die Wilkomoer Vorgänge habe ich gestern vom Kriegsministerium das Erlassen genereller Verfügungen für die Offiziere im Osten gefordert, die dortige Übergriffe auszuheben. Auf Grund ihres heutigen Telegramms habe ich sofort bei der Reichsregierung eine schleunige gemeinsamen Sitzung mit allen interessierten Anhängen beantragt zwecks baldigster Regelung der Heimatföhrerangelegenheit.“

Ich bitte dringend, bis zum Ergebnis dieser Sitzung keine Maßnahmen mit unbedenklichen Folgen zu treffen, besonders die Verwendung von Lebensmitteln nicht einzustellen. Am Sonnabend werden Minister Sirich und ich nach Posen kommen zwecks mündlicher Verhandlung.“

Dieser Telegrammwechsel ist sehr bezeichnend. Der polnische Oberste Volksrat fordert und droht. Von Gerlach bezieht sich zu erfüllen und bittet dringend, über den richtigen Stil in solchen Angelegenheiten verfügt er nicht. Das gilt natürlich auch für das Ministerium des Innern in Preußen.

Der angekündigte Besuch nach Posen wurde von dem in einem anderen Kreise von der Berliner Regierung waren vertreten. Der Ministerpräsident Sirich, der Minister des Innern in Preußen, von Gerlach, Conrad Vöhrts und als Vertreter des Kriegsministers Major Willigen. Ferner waren amsendend die Regierungspräsidenten aus Bromberg und Posen und der General von Schimmelpfennig als Vertreter des stellvertretenden Kommandos. Generals. Von dem polnischen Obersten Volksrat nahmen an der Verhandlung teil der Prälat Adamski als Vorsitzender, Korsanty und der Rechtsanwalt Trampczynski.

Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um den Heimatföhrer oder Grenzschutz. Sowohl die Regierung wie die polnische Seite hoben über die Verhandlungen kurze Berichte an die Presse abgeben. Nach dem Bericht des Kurier „Dziennik“ vom 18. Dezember 1918 Nr. 290 hätten die Polen der Regierung vorgeworfen, daß sie ihr Versprechen bezüglich des Heimatföhrers nicht gehalten habe und mit polnischen Wehrkräften gedroht. Als der Minister Willigen diese Anschuldigung zurückwies, gab der Prälat Adamski im Namen der anwesenden Polen die Erklärung ab, daß die Zusammenkunft der Versammlung den polnischen Vertretern weitere Verhandlungen in einer Reihe von Fragen unmöglich mache, weil an der Verklammerung ein überwiegendes Teil von Vertretern des alten Systems teilnehme, die die neuen Verhältnisse nicht verstehen könnten. An Unterredung dessen müßten sie die Konferenz für zwecklos halten und würden weiter nicht

mehr an ihr teilnehmen. Zu Verhandlungen mit der Regierung seien sie bereit. In den nun folgenden Auseinandersetzungen einigte man sich schließlich auf eine Erklärung, die der Ministerpräsident Hirsch in der Schleshaardung am Sonntag, dem 15. Dezember, verlas.

Sie lautet:

„Die Regierung hält einen besonderen Heimatfuß für die Provinz Posen nicht für nötig. Dagegen ist ein Grenzfuß unbedingt erforderlich zur Übernahme des Offiziers- und der Aufsicht von Lebensmitteln zu verbinden. Der Grenzfuß ist ein selbständiges (d. h. den in Friedenszeiten in denselben Bezirk garnisnierenden) Truppen unter Kontrolle der Soldatenräte wahrzunehmen. Eine anordnende Gewalt fehlt den Soldatenräten nicht. Die i. S. noch in der Provinz befindlichen Gruppen aus fremden Bezirken sollen sofort zurückgezogen werden, sobald Gruppen aus den zuständigen Generalkommandos zur Verfügung stehen. Die Fuß aus den dienstpflichtigen Jahrgängen und Freiwilligen zu stellen.“

Diese Verhandlung zeigt mit erstrebender Deutlichkeit, wozu die solche Politik der preussischen Regierung bereits geführt hatte. Die feste Rücksichtigkeit hatte den Polen den Mut gegeben, sich mürrisch den Verhandlungen zu entziehen, wenn sie ihnen nicht posten. Ubrigens kam trotz alledem die preussische Regierung wiederum auf der ganzen Linie entgegen bis auf einen Punkt, in dem die Gegenläufe unüberbrückbar waren. Die Polen forderten, daß der Grenzfuß sich nur auf Posen beschränken solle. Das war für die Regierung unmöglich. Wenn dem so wäre, wären die Vertretung des deutschen Ministeriums nicht bestimmbar. Hier wird ein Mißtrauen deutlich sichtbar. Man kam hierzu, „ob“: „polnische“ „ökonomische“ „hoer“ „ungekünten“ „Punkt“ eine Eingabe an das Staatsministerium machen sollte. Das ist auch am folgenden Tage, dem 16. Dezember, geschehen.

Bert o. Beschäftigt in diesen Verhandlungen, die für Öffentlichkeit nicht sichtbar gemacht. Er nahm auch an den Verhandlungen. Zu gleicher Zeit wandte sich der polnische Oberste Volksrat an den Kongreß der A- und S-Räte, der am 16. Dezember in Berlin tagte. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der Vollzugsausschuß Posen fordert die Reichskonferenz; herliche und erdrückende Grüße mit dem Wunsch einer gedehnten Arbeit für das gesamte Volk. Wir erbitten gleichzeitig die Hilfe der Reichskonferenz in folgender Sache:

Der Vollzugsausschuß Posen hat sich mit allen Kräften bemüht, die Ruhe und Ordnung in Posener Lande an fruchtbar zu machen, was auch von der hiesigen Bevölkerung, der polnischen (sowohl als auch der deutschen, anerkannt wird. Trotzdem sind gegen unseren Einspruch Heimatfuß- bzw. Grenzfußtrupps in Auftrage der Berliner Reichsregierung zum Teil mit Ausweilen des Berliner Vollzugsrates nach der Provinz; entlastet werden, die sich nachweislich zahlreiche Jahre lang schuldig gemacht haben. Eine neue Verlegung des Kriegsmilitärischen durch Anwerbung Freiwilliger durch das Oberste vom Arbeitsnachweis werden Arbeitslose an die Werkbüros vertrieben. Grenzfuß und Offizier bedeuten schwere Gefährdung des Friedens. Sofern die Maßnahmen, mögen sie Heimatfuß, Grenzfuß oder Offizier heißen, nicht unverzüglich rückgängig gemacht werden, sehen wir die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ab und müssen für die entstehenden Folgen die Anstifter verantwortlich machen.“

Der Kongreß der A- und S-Räte in Berlin war aber unterrichtet. Er fiel auf die hiesigen und brüderlichen Grüße, die aber nicht bestehende Beziehungen vortauschen sollten, nicht herein. Die Volksbeauftragten Ebert und Landsberg hatten die Notwendigkeit des Grenzfußes begründet und die Verhöhnung gefordert. Der Kongreß schloß sich ihnen voll an. Die Polen boten die Aufhebung mit großer Unerwartung. Sie waren natürlich durch ihre Anführer auf das beste unterrichtet. Sie richteten sofort ein Telegramm an die Volksbeauftragten Barth, Ebert und Hoffe, in dem sie gegen die Beschließung protestierten. Das Telegramm heißt:

„Aus den Zeitungsberichten über die Reden der Volksbeauftragten Barth und Ebert an dem Kongreß der A- und S-Räte geht hervor, daß das Kabinett, durch Verneugung der nationalen Ehre veranlaßt, zur Verteidigung der deutschen Bevölkerung gegen angriffliche polnische Handen und zu dem Zwecke, polnische Gebiete nicht ohne Widerstand dem Eingliederung herauszugeben, ganz einmütig die Bildung eines Grenzfußes beschlossen hat. Wir erheben tatkraftigen Einspruch gegen Maßnahmen, die unter dem Deckmantel der deutschen nationalen Ehre die ererbten polnischen Verfassungen unterdrücken sollen, gegen die unwarthen Nachrichten von der Bedrohung der deutschen Bevölkerung durch die Polen. Eingliederung, die die Ruhe und Ordnung unseres Vaterlandes herein könnten, wird die hiesige Bevölkerung allein auszuwenden verstehen.“

In den polnischen Landesteilen haben die Polen bisher nirgends die Ruhe und Ordnung gestört. Wir protestieren gegen die Befestigung unserer Landesteile durch den deutschen Grenzfuß, da wir darin ein Vorgehen der Beschließung des Friedenskongresses mit Hilfe der Macht erblicken.

Wir erheben tatkraftigen Einspruch gegen die Dogmen der Polen in Danzig, wie machen dafür die Reichsregierung verantwortlich und fordern völligen Schwabenfuß für die durch die Vorfälle betroffenen polnischen Opfer.

Das Kommissariat des Obersten Volksrats:
Poszmiński, Korfański, Geißl, Adamki.

Das war die letzte große Auseinandersetzung der Polen mit den deutschen Regierungen bezüglich des Grenzfußes. Sie fiel in dieselbe Zeit, in der die Warshawer Regierung die Beziehungen zu Deutschland abbrach. Die Jähigkeit und die Zierlichkeit in dem Vorgehen der Polen deutet mit voller Klarheit an, wohin ihre Weiterbemühungen gingen. Wäre es den Polen tatsächlich Ernst damit gewesen, den Bestimmungen der Friedenskonferenz nicht nachzugeben, so hätten in aller Ruhe das Ergebnis abgewartet, so hätte der Kampf gegen den Grenzfuß mit den nötigen Dröbungen keinen Sinn gehabt. Tatsächlich dachte man nicht daran, sich in Ruhe zu legen. Darum der erdrückende Eifer. Die Polen in Posen hofften aber auch auf die bemäntelte Unterstützung von Kongreßpolen aus. Dort war nach der Rückkehr die Bildung der Aufstellung einer „Heimwehr“ in vollem Gange. Die polnische Posen hielten sich bereits im November mehrfach an Sitzsäule um militärische Unterstützung gemandt. Später ließ sie tatsächlich angebeten. Ein harter Grenzfuß hätte aber das Posener Gebiet von Kongreßpolen abgeriegt und eine Reihe von polnischen Plänen unmöglich gemacht. So mußten gerade bei der Frage des Grenzfußes die Gegenläufe in voller Schärfe erkennbar werden.

Bei der Behandlung der Frage auf deutscher Seite mußten wir leider eine befremdende Uneinigkeit und Ziellosigkeit erkennen. Bei dem Kongreß der A- und S-Räte am 15. Dezember letzten Ebert und Landsberg die Aufstellung des Grenzfußes durch. Gerlach aber bezeichnete ihn in Posen als „nicht glücklich“ und gab die Provinz tatsächlich in gar nicht mißverständlichen Ausdrücken auf. Dennoch blieb er im Amte. Auch die Verhandlungen und Maßnahmen der preussischen Regierung waren seitdem, schwebend im November mehrfach an Sitzsäule. Es war damals in Posen allgemein bekannt und in der polnischen Presse zu lesen, daß die Polen bei den Verhandlungen am 15. Dezember mit Entziehung der Nahrungsmittel gedroht hatten. Gerlach hatte ihnen bei dem Besuch am 19. November ja selbst das Stichwort und die preussischen Behörden durch die Genehmigung des Provinzialverwaltungsrates das Mittel dazu in die Hand gegeben. Es war ferner bekannt, daß der frühere polnische Abgeordnete Czarnycki bei den Verhandlungen dem Herrn v. Gerlach, als dem Vertreter des Ministeriums mit einem Gemetel unter den Deutschen gedroht hatte, wenn man wegen folle, die Provinz mit Truppen zu besetzen. Das alles nahm man hin. Und als die Polen den Verzicht hatten, als rühten sich die Deutschen in Posen selbst zur bemäntelten Umkehr, da ließ einer der polnischen Herren den Vorsitzenden des A- und S-Rates, Ewerthmann, in offener Versammlung an und droht mit einem rühterlichen Blutbad unter den Deutschen, so daß er nach polnischer Darstellung blieb und schlötternd dasoh und jede Haltung verlor. Ein paar Stunden darauf treute ein deutsches Flugzeug Flugblätter über der Stadt Posen aus, in denen die Bevölkerung dringend zur Ruhe gemandt wurde. Erst das Auffällig dieses Vorgehens reiste zur Aufregung. Daraufhin wurde die Untergruppen und die Untergruppen der Landesführungen in interessanten und Organisationsführungen tragen nicht die Beziehung Amtsentwurf, sondern Amtsträger. Dr. P. L. K. z.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen des BDO.

Der Bundesführer.

Zum Leiter der Abteilung Bayerische Ostmark im Bundesamt für Heimat- und Volkstumspflege habe ich den Führer der Landessgruppe Bayern-Pfalz, Dr. Hans West-München, berufen. Der Bewerber von Amten in der Provinz Ostmark, den Bundesführungen in Interessanten- und Organisationsführungen tragen nicht die Beziehung Amtsentwurf, sondern Amtsträger. Dr. P. L. K. z.

Haus „Kurmark“.

Die Aufrufe des Gauleiters Wilhelm Rube zur Spende für das Gauhaus Kurmark haben bisher die stattliche Summe von 11536 Mark erbracht. Damit ist jetzt vom Gauleiter das Haus An der Apostelkirche 7 angekauft worden, in dessen Räumen schon die Geschäftsräume der Gauleitung untergebracht waren. Der Gauleiter Wilhelm Rube gibt seiner Freude über diesen Erfolg u. a. mit folgenden Worten Ausdruck:

„Die Sammlung geht ihrem Ende entgegen. Mit vorbildlichem Eifer haben die zahlreichen Dienststellen der Partei, vor allen Dingen (PS, NSDAP, Bauern- und Arbeiterchaft sich für diese Sammlung eingesetzt. Ein solches Ergebnis zeigt den Erfolg unserer kameradschaftlichen Zusammenarbeit.“

Jah habe ich Gauleiter der Kurmark das wertvolle Grundstück Berlin W 57, An der Apostelkirche 7, nummehr für den Gau Kurmark erworben. Für jeden Kurmärker und für jede Kurmärkerin wird es ein solches Gefühl sein, daß unser Gau, der der Mitgliederzahl nach zu den größten im ganzen Reich gehört, nummehr ein Heim besitzt, das auch überhört unsere große Liebe Demogung zum Ausdruck bringt. Mit über Berlin (stark) von unserem Gauhaus (stark) leuchtend (stark) brenner und kündigt vor jedem Kampf (stark) stärkster und brandenburgischer Nationalsozialisten für die Idee unserer Führer.“

deutschen Bauernschaft, den Blick nach Osten, kameradschaftlich schaffend mit allen anderen Brüdern der Scholle. Nichts für sich selber, aber alles für die deutsche Nation, das ist der Wahlspruch. Und sollten wieder einmal Männer kommen, welche die menschlichen Bauern der Niederlausitz als „Minberberber“ zu bezeichnen zu wollen, so werden es Bauernfähige sein, die diese Bezeichnung jenen gewissen Männern „ausklopfen“ werden. Der menschliche Bauer der Niederlausitz wird auch aus innerem deutschen Empfinden heraus alle Opfer auf sich nehmen, die im Interesse des vaterländischen Heimatbaues von ihm gefordert werden. Und wo es gilt, den deutschen Osten zu kränken und zu zerstören, da wird der Niederlausitzer Bauer in vorrätiger Eile zu finden sein.

Regierungspräsident Dr. Eichler, Frankfurt a. O., nahm dann das Wort und führte etwa aus: Die maßvolle Rundung für die deutsche Muttererde im Osten hat ihren Höhepunkt erreicht. Das einseitliche Wollen deutscher und wendischer Bauern wurde ausgeglichen unter dem gewaltigen Eindruck der Sabben, die aus den ausgetriebenen Schritten im Osten gerettet werden konnten. Unter dem Eindruck auch jener Sabben, die das neue Deutschland symbolisieren. Wenn die Brüder der Offene sich an ihr Vaterland wenden mit der Bitte um Schutz und Stärkung, so verhält diese Bitte nicht ungehört. Als Vertreter der Regierung im Bezirk Frankfurt a. O. bin ich zu der Rundung gekommen, um zu dokumentieren, wie ernsthaft die Regierung an dem Werk im Osten mitwirken will. Die Rundung mit den beiden „einigen“ ist ein wirtschaftliches, deutsches Bauern- und menschliches Bauernumfeld durch jahrtausendelange Geschichte schicksalserbunden und haben gemeinschaftlich den Boden bebaut. Das läßt sich heute nicht mehr trennen. Wenn ein Führer der Niederlausitzer Wenden vorhin das Treuegelübde gab, so weiß jeder, daß dieses kein leeres Versprechen ist, sondern Ausdruck innerer Überzeugung. Jeder weiß das, und diejenigen Leute jenseits der Grenze, die verstanden durch eine künstliche „Grenzbeiträge“ einen Reiz waischen, deutsch und wendisch sprechenden Bauernschaft der Niederlausitz zu treiben, wissen das ebenfalls sehr genau. Gerade weil die Niederlausitzer Bauern erlebt haben, wie vom Auslande her der fremde Keil in die heimische Bevölkerung getrieben werden sollte, darum haben sie auch volles Verständnis für den Osten. Daß dieser Osten gelögert werden muß, daß im Osten die Frage ganz Deutschlands zu machen ist, das hat die Seite eingemengelt worden. So mancher hebt hier, der bisher nicht einmal ohne, miziel die verflochtenen Regierungen im Osten mehr oder weniger bewußt veräußert und wieder datum im Osten nachgeholt werden muß. Der Osten ist deutsch und muß es bleiben.

Der Osten ist keine Insel, sondern ein Teil des Ganzen. Darum wenden wir uns dem zu, der dem deutschen Volk schon oft aus seiner Tot hat, und bitten ihn: Herr, mach uns frei! Daß uns uns nicht feige sein! Daß uns einzig im Willen zur deutschen Zukunft sein! Eine Pflicht der Dankbarkeit aber ist es, dessen zu gedenken, der uns aus dem Sumpf und den trostlosen Niederungen der Schwand hinausgeführt hat und uns freigegeben hat, eine Nation zu sein. Ihn, den deutschen Kraft und Herrlichkeit: Adolf Hitler! — Der Rede folgte ein dreifaches Sieg Heil auf den Führer. Dann lang man das Deutschland-Lied und das Horst-Wessel-Lied. — Nach Schluß der Rundung setzte sofort der Abmarsch zum Plase in mehreren Staffeln ein. Überall bildete die Bürgerstaffel Spalir, überall wurden die einzelnen Abteilungen mit ihren Fahnen berührt begrüßt.

Grenzlandfahrt der Deutschen Landsmannschaft.

Von den drei Grenzfahrten, die der Führer des Amtes für Grenzland- und Auslandsfahrten der Deutschen Landsmannschaft, Diplomingenieur Hoffmann, in diesem Jahr veranstaltete, sind eine auch nach Schluß, während die beiden anderen Aufbruch und dem Saargebiet galt. Die Vorbereitung und Durchführung der Schlesienfahrt lag in den Händen der Landesgruppe Schlesien des Bundes Deutscher Osten. Um einzelnen wurde besuchst das Waldenburger Grenzland, Ostpreußen (Staubacken), Nordost und Sultzbirger Grenze, Hünzberg, Gleiwitz und Deutsch-Polensberg. Der Redeführer der ober-schlesischen Wirtschaft und Vermaltung machte die Grenzlandfahrt mit den Räten und Problemen ober-schlesischen bekannt. Um Anknüpfung daran ging die Fahrt in das nieder-schlesische Grenzgebiet: Komsau, Groß-Wartenberg, Keunittelwäde, Müllsch. An Ort und Stelle überzeuget man sich von dem Wohlstand des Grenzlandlaufes und hatte Ausreden mit der Grenzlandwirtschaft. Es ergab sich Gelegenheit, einen landwirtschaftlichen Großbetrieb, sowie Siedlungen zu besichtigen; prächtische Großlände im Kreis Müllsch fanden besonderes Interesse. In Breslau lag die Schlesienfahrt ihren Abschluß, nachdem eine Festigung der Kartenausstellung der Provinzialverwaltung stattgefunden und Vorträge des Landesführers Schlesien des Bundes Deutscher Osten, Graf Yorck v. Wartenburg, sowie der Professoren Dr. Neubert und Dr. Scheller noch einmal seine Gesamtübersicht über die Ostfrage sowie Gelegenheiten zur Eingelebung gegeben hatten. Die Teilnehmer an der Grenzfahrt brachten wiederholt ihre Empörung über den Widerstand der neuen Grenze zum Ausdruck und gelobten, an ihren Universitäten und Hochschulen dahin zu wirken, daß die Kenntnis von den Ostfragen in immer größerer Kreise des deutschen Volkes dringe und das ganze deutsche Volk nach und nach mit einem aktiven Ostbewußtsein erfüllt werde.

Theatergründungen durch den BDO. in der Ostmark.

In den letzten 14 Jahren sind die deutschen Ostgebiete bedenklich stark in kultureller Hinsicht vernachlässigt worden. Große Aufgaben hat besonders auf diesem Gebiet der Bund Deutscher Osten zu erfüllen, dem die Verantwortung der Arbeit obliegt. Trotz der ungeborenen Schwierigkeiten ist die Arbeit intensio in Angriff genommen und hat bereits zu einer Reihe von Erfolgen geführt. Die letzte Nachricht hierüber kommt aus Bagen. Durch die Landesgruppe Bager-Teil des Bundes Deutscher Osten ist in Hof ein feines Grenzland-Theater geschaffen worden, dessen Antragsteller langjährige Oberpostleitet der Rätberg Stadt heuters, Pg. Ratzlaff ist. Zur Errichtung haben Staatsminister Schamm und Effer ihr bestimmtes Erscheinen zugesagt. Das Theater wird am 18. Oktober eröffnet. — Das Stadttheater in Pajau in der Bagerischen Ostmark, welches seit Jahren seine Pforten geschlossen hat, sollte auf Veranlassung der Landesgruppe Bagen des BDO, im kommenden Winter durch die bekannte Hof- und Ludwig-Opern-Bühne in Legeten-Egern bespielt werden.

Serner wurde durch die Landesgruppe Sachsen des BDO, ein Theater in Annaberg (Erzgebirge) geschaffen, dessen Spielzeit Ende Oktober beginnen wird.

Eingliederung in den BDO.

Der Rheinisch-Westfälische Hauptverband beimattreuer Ost- und Westpreußen, dem ungefähr 30 000 Mitglieder angehören, welche die Landesgruppe West-einischland-Veranstaltungen in Bagen, die beimattreuer Oberpostleitet haben, ihre Auflösung und die Eingliederung ihrer Mitglieder in den Bund Deutscher Osten beschloßen.

Serner hat der Reichsbund der Danziger beschloßen, sich aufzulösen und die ihm angehörenden Vereine und Einzelmilitäre in den Bund Deutscher Osten einzugliedern. Die Wange des früheren Reichsbundes der Danziger werden durch eine besondere Stelle in der Bundesführung des BDO, mitgenommen, deren Leitung einem Danziger, Pg. Walter Menard, übertragen worden ist. Die in Deutschland lebenden Danziger Staatsangehörigen werden in einer Vereinigung jammengesloßen, mit deren Gründung und Leitung Pg. Walter Menard beauftragt worden ist. Anfragen sind zu richten an Walter Menard, Spandau, Kubliener Str. 151.

Herbert Böhme, ein Dichter des Nationalsozialismus.

Der Leiter des Bundesamtes für Offizierskammern im BDO, der Dichter Herbert Böhme, ein dem Nationalsozialismus hingewidmet haben und der insbesondere in jüngerer Zeit immer weiteren Kreisen bekanntgeworden ist, hielt sich in einer Sitzung des Kulturausschusses der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ vor. Er las einige seiner Gedichte und vor allem ein Kapitel aus seinem Arbeiterlager-Roman „Sommerferien am Meer“. Dieses Werk wird einmal zu den besten Schöpfungen kultureller Art im nationalsozialistischen Staat gehören. Die lebensfrohe, energiegeladene innere Anteilnahme des jungen Dichters an dem gewaltigen Geschehen der nationalsozialistischen Revolution spricht ebenso aus diesem Buch wie das tiefe Einfühlungsvermögen in den neuen Geist, der sich in den Arbeitsdienstlagern offenbart, den Geist der Kameradschaft und der Einordnung in die Gemeinschaft wie der Unterordnung unter den Führer. — Was diese Schöpfung noch besonders bezeichnend macht, ist, daß sie sich mit dem sehr ersten Problem auseinandersetzt, das besteht von vielen jüngeren Menschen gelöst werden muß, die genötigt sind, ebrlich um ihre geistige Freiheit und ihre neuen Erkenntnisse zu ringen. Es wird da nämlich von dem Kampfe eines jungen Kommunisten mit sich selbst berichtet und dargelegt, wie trotz vieler Anfechtungen und eines ursprünglich hartnäckigen Widerstandes die innere Eingebung an den Nationalsozialismus aus dem Herzen rufen. Die lebensfrohe Mischung selbst herausgeragt nicht durch die Wirken des Führers und das Beispiel des Gemeinschaftsgeistes der Bewegung, Herbert Böhme, Leiter der Abteilung Wort in der Junktaune Berlin, hat auch ein Bühnenwerk geschrieben, das den Titel „Volk — ein Schicksal“ trägt und das in der Uraufführung demnächst von jobtreichen deutschen Bühnen gebracht werden wird.

ERSTE KLASSE

42. Preussisch-Süddeutsche (268. Preis) Klassenlotterie

Ein Adretlos $\frac{1}{16}$ II.Nr. 398092 f

jeht nur noch 3 RM!

Ziehung 1. Klasse am 20. und 21. Oktober.

Bestehen Sie daher bitte jetzt Ihr Glück bei

Dr. Dittsche, Etanol, Loterie-Einnehmer

Berlin W 30, Geisbergstr. 9, im Postamt.

Postfachkonto: Berlin 352 22

Ungültig, wenn die Nummernauslosung des Einnehmers ganz oder teilweise fehlt

